

Betreff Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen

Dezernat/e VI

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | <input type="checkbox"/> Rechtsamt |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kämmerei | <input type="checkbox"/> Umweltamt: Umweltprüfung |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGIG | <input type="checkbox"/> Straßenverkehrsbehörde |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGO | |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | |

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- | | | |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Stadtverordnetenversammlung

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

nicht erforderlich erforderlich

öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlage 1 :
Bericht Handlungsstrategie Chancen für... 2022/23

Anlage 2:
Beschluss Nr. 0362 der Stadtverordnetenversammlung
vom 12. November 2020

Anlage 3:
Beschluss Nr. 0461 der Stadtverordnetenversammlung
vom 31. Oktober 2019

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Die Handlungsstrategie "Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen" leitet seit vielen Jahren das Handeln des Wiesbadener Sozialdezernates. Seit 2017 werden im Rahmen der Handlungsstrategie gezielt Ressourcen in den verschiedensten Handlungsfeldern zugesetzt, um dies zu erreichen. Der vorliegende Bericht versucht ein Resümee über alle diese Zusatzmaßnahmen zu ziehen, aber auch die allgemeine Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfeangebote in Wiesbaden in den Blick zu nehmen.

Auf diese Weise soll er auch die Diskussion über das weitere Vorgehen der LHW im Kontext Bündnis (Kinder-)Armut strukturieren helfen.

C Beschlussvorschlag

1. Der Bericht „Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen 2022/23“ wird zur Kenntnis genommen (vgl. Anlage 1).
2. Ferner wird mit Blick auf die Zielgruppe der Handlungsstrategie zur Kenntnis genommen,
 - 2.1. dass der Regelbetrieb in der Bezirkssozialarbeit, den Kindertagesstätten, der Grundschulkindbetreuung sowie der Schulsozialarbeit (an Grundschulen und weiterführenden Schulen), Jugendberufshilfe und Eingliederungshilfe derzeit durch Personalmangel gekennzeichnet ist und dies insbesondere die Teilhabe benachteiligter Kinder gefährdet. Kürzungen in diesen Bereichen würden ebenfalls die herkunftsbenachteiligten Kinder und Jugendlichen am härtesten treffen.
 - 2.2. dass in mehreren Bereichen zuletzt zentrale Ausbaubedarfe beschrieben und für den kommenden Haushalt angemeldet wurden, die bei Nichtumsetzung ebenfalls besonders zu Lasten benachteiligter Kinder und Jugendlicher gehen werden (vgl. u.a. die zu den Haushaltsberatungen zurückgestellten SV im Kontext Eingliederungshilfe (SV 23-V-51-0015), Grundschulkindbetreuung (SV 23-V-51-0006) und Schulsozialarbeit Sek. I (SV 23-V-51-0017)).
 - 2.3. dass die Schulsozialarbeit an Grundschulen mit mittleren und hohen Bedarfslagen (gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0362 vom 12. November 2020, vgl. Anlage 2) als wichtige Form sozial indizierter Mittelzuweisung im Sinne der Zielgruppe noch nicht flächendeckend umgesetzt ist und es p.a. ca. 1,4 Mio € kosten würde, wollte man beschlussgemäß alle Grundschulen mit hohen und mittleren Bedarfslagen adäquat mit Schulsozialarbeit ausstatten.
 - 2.4. das Dez. VI/51 am Konzept von Teilhabestandards (Beschluss Nr. 0461 der Stadtverordnetenversammlung vom 31. Oktober 2019; Anlage 3) arbeitet. Dies wird eine Beschreibung enthalten, was für die große Gruppe der armen / herkunftsbenachteiligten jungen Menschen in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen als notwendig erachtet wird, um deren Teilhabe zukünftig strukturell zu ermöglichen. Das Konzept wird der Stadtverordnetenversammlung bis Ende 2023 vorgelegt werden.
 - 2.5. dass eine mit Blick auf die Zielgruppe der herkunftsbenachteiligten Kinder fachlich notwendige Ressourcenausstattung von Ganztagsangeboten wie dem Pakt für den Ganzttag (früher: Pakt für den Nachmittag) oder das Ganztagsprofil 3 im Rahmen der aktuellen Finanzierung durch Stadt und Land nicht gegeben ist;
 - 2.6. und dass es - mit Blick auf den Rechtsanspruch 2026ff - zeitnah an Grundschulstandorten mit hohen sozialen Bedarfslagen mit zusätzlichen Ressourcen hinterlegte Modellprojekte bräuchte, um die Höhe der zusätzlich notwendigen Finanzressourcen zu ermitteln; und dass dafür - sowie

für eine eventuelle wissenschaftliche Begleitung - ein Zusatzbudget zur Verfügung gestellt werden müsste, da die Mittel unter den aktuellen (Haushalts-)Bedingungen nicht zur Verfügung stehen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Dr. Becher
Stadträtin